

# FDP, wie hältst du es mit Europa?

Der Freisinn ist gut in Form, weil er nicht über die drängendste Frage der Schweizer Politik sprechen muss. Doch wie lange kann er noch schweigen? VON ALAN CASSIDY UND PHILIPP LOSER



Parteitag in Interlaken, 1995: Hier entschied sich das europapolitische Schicksal der FDP

Didier Burkhalter träumt von der Welt. Von den ganz großen Problemen. Der Schweizer Außenminister hält Reden über die Menschenrechte (in Genf), über das freie Internet (in Den Haag), über Katastrophenvorsorge (in Japan), über den Kampf gegen Extremismus (in Washington). Er tourt um den Globus und macht Werbung – für sich. Die Kandidatur für die Nachfolge des UN-Generalsekretärs Ban Ki Moon und eine mögliche Nominierung für den Friedensnobelpreis wurden aus seinem engsten Umfeld lanciert – und vom Boulevard gnädig aufgenommen. Ein Schweizer als höchster Weltbürger, ein Schweizer als Träger des Friedensnobelpreises? Grandios!

Nur in seiner Partei, der FDP, die heuer nach jahrelangem Darben einen Wahlerfolg nach dem anderen einführt, da mag man nicht wirklich jubeln. Die Freisinnigen mögen Burkhalter, solange er auf internationalen Bühnen eine elegante Figur abgibt. Sie mögen ihn etwas weniger, wenn er tatsächlich Politik macht. Und sie fürchten den Außenminister, wenn er über Europa spricht. Wenn er die Bilateralen mit neuen institutionellen Abkommen retten will, mit einem »großen Wurf«.

Europa – ja, davor hat die FDP Angst. Angst vor der Frage, wie groß die Zugeständnisse an die EU sein dürfen; Angst vor einer Konfrontation mit der SVP, wenn es – vermutlich im kommenden Jahr – um die Zukunft der Personenfreizügigkeit geht.

Der Grund dafür ist in der Vergangenheit zu suchen, wie wir in unserem Buch *Der Fall FDP* zeigen. Die FDP verbindet mit Europa eine langjährige und leidige Trauergeschichte. Es ist die Europa-Frage, die maßgeblich dafür sorgte, dass die FDP in den vergangenen zwanzig Jahren die Vorherrschaft im bürgerlichen Block an die SVP verloren hat. Und bis heute verunmöglicht die für die Schweiz entscheidende Frage nach Abschottung oder Öffnung einen echten »bürgerlichen Schulterchluss«.

## »Wir wurden als Landesvertreter hingestellt«, klagt Franz Steinegger

Wenn man ein Datum bestimmen müsste, an dem die FDP ihre außenpolitische Orientierung endgültig verlor, dann wäre dies der 21. April 1995. Die Szene, ein verschatteter Parkplatz in Interlaken, die Protagonisten, der damalige FDP-Präsident Franz Steinegger und Esther Girsberger, Journalistin beim *Tages-Anzeiger*. »Das kostet uns drei Prozent. Mindestens«, sagte Steinegger zu Girsberger und wussten in diesem Moment: Die Wahlen sind verloren. Hinter den beiden lag ein denkwürdiger Parteitag. Die Freisinnigen hatten das EU-Beitrittsziel in ihrem Programm verankert.

Zwanzig Jahre danach erinnert sich Steinegger noch an jedes Detail. Alles sei perfekt vorbereitet gewesen, die Fraktion auf Kurs, aber dann: der Aufstand. »Ich habe etwas geschmückt, aber ich konnte es nicht mehr verhindern«, sagt Steinegger heute.

Nach der desaströsen Niederlage bei der EWR-Abstimmung von 1992 wollte sich die Partei in Interlaken außenpolitisch neu ausrichten, es allen recht machen. Das freisinnige Schwergewicht Ernst Mühlemann präsentierte das neue, vage Positionspapier, Esther Girsberger leitete die wenig kontroverse Podiumsdiskussion dazu. Die Sache schien gelaufen. Doch dann verlangte Pierre-Louis Bornet das Wort, der Präsident der Waadtländer Radikalen, und stellte den Antrag, die EU-Beitrittsinitiative offiziell zu unterstützen. Fünf europafreundliche Organisationen hatten dieses Volksbegehren im Dezember 1994 lanciert, als Antwort auf das EWR-Nein, als »wirksamstes Mittel, um der immer stärker in Erscheinung tretenden Provinzialisierung des geistigen Klimas entgegenzutreten«, wie es die federführende Aktion Europa Dialog formulierte.

Das ging selbst vielen Romands im Freisinn zu weit. Johnny Hamel aus Genf sprach sich gegen die Idee von Bornet aus und schlug stattdessen vor, die Beitrittsoption stärker in den Vordergrund zu rücken. Am besten im Parteiprogramm. Bornet zog seinen Antrag zurück, die Versammlung verhandelte stattdessen die Idee aus Genf.

Das war es, was Steinegger »gsmückt« hatte. Auf dem Podium in Interlaken, auf dem die versammelte Parteileitung saß, brach Panik aus. Neue Redner gegen den Antrag wurden aufgeboten, der Parteipräsident selbst ergriff das Wort und erinnerte die Versammlung daran, dass die FDP die Unterstützung des EU-Beitritts als strategisches Ziel schon zweimal deutlich abgelehnt hatte. Dann folgte die Abstimmung. »In einer für eine freisinnige Delegiertenversammlung ungewöhnlich knisternden Stimmung«, wie die *NZZ* später schrieb. Sollte das Positionspapier zu den Grundsätzen in seiner ursprünglichen Form verabschiedet werden? Oder sollte darin die Zielsetzung eines EU-Beitritts stehen?

Am Schluss jubelten die Welschen. Mit 102 zu 81 Stimmen nahm die FDP das EU-Beitrittsziel in ihr Parteiprogramm auf. Gemeinsam mit den Jungfreisinnigen drückten die Freisinnigen aus der Romandie der Deutschschweizer Parteiführung den neuen Europakurs auf.

Das Europathema war mit diesem Entscheid zur Bürde geworden, zur Einladung an den politischen Gegner. »Wir waren bis zu einem gewissen Grad in einer verschissenen Situation, aus der es keinen Ausweg gab«, sagt Steinegger heute. In Diskussionen über Europapolitik sei es danach einfach gewesen, die FDP auf einen Entscheid zu fixieren. »Blocher sagte bei solchen Debat-

ten immer: Ihr seid ja sowieso für den Beitritt.« Für Steinegger ist die freisinnige Europapolitik dieser Dekade ein entscheidender Grund für den Aufstieg von Christoph Blocher und seiner SVP: »Sie spielten es gut; gut und rücksichtslos. Wir wurden als Landesvertreter hingestellt wegen unserer Unterstützung des EWRs und dem Parteitageentscheid von 1995.«

## »Pragmatismus ist kein Programm«, kritisiert Konrad Hummler

Bei den Wahlen im gleichen Jahr war die FDP wieder die große Verliererin. Der Freisinn hatte sich in der Öffnungsfrage verrannt, politisierte an den eigenen Wählern vorbei. Gerold Bühler, der Nachfolger von Steinegger als Parteipräsident, war ebenfalls im Berner Oberland dabei – und mindestens so geschockt. »Der Interlaken-Entscheid hat seinerzeit tief verankerte Grundsätze unterminiert: die Neutralitätspolitik, den gelebten Föderalismus und die direkte Demokratie«, sagt er heute. Niemals sei er so enttäuscht von einem Parteitag heimgefahren: »Das vergesse ich nie.«

Für die FDP brachen bittere Jahre an. Nach und nach, von Wahl zu Wahl, verlor sie die Vorherrschaft im bürgerlichen Lager. Und innerhalb der Partei war bald klar: Die Europafrage verhalf der SVP zu ihrem Aufstieg.

Bis heute hallt der Entscheid von Interlaken nach. Dass die FDP in den vergangenen Jahren alles dafür getan hat, ihren linksliberalen Flügel zu vergraulen, und sich heute klar rechts der Mitte positioniert – als »Korrektiv der SVP«, wie der aktuelle Präsident Philipp Müller sagt –, all das hat mit den traumatischen Europa-Erfahrungen zu tun.

Es ist also bezeichnend, dass Fulvio Pelli, Parteipräsident von 2005 bis 2012, die Delegiertenversammlung in Herisau von 2010 als einen der entscheidenden Momente seiner Präsidentschaft bezeichnet. Im Appenzellerland beglich die Partei eine »historische Schuld«, wie Pelli sagt – und strich den EU-Beitritt offiziell aus ihrem Parteiprogramm. Das Land müsse seine engen und privilegierten Beziehungen zur EU stärken und weiterentwickeln: »Aber weder der Alleingang noch der EU- oder EWR-Beitritt sind aktuelle Optionen.« Der bilaterale Weg sei der Erfolgsweg für die Schweiz. Damit hielt die FDP offiziell fest, was seit Jahren parteiinterne Doktrin war. »Unsere Position zur Europafrage war schon einige Jahre vor Herisau bereinigt, aber manchmal muss man gewisse Dinge auch formell nachvollziehen, damit etwas abgeschlossen ist«, sagt Pelli.

Heute bezeichnet sich die FDP als »einzige Befürworterin« des bilateralen Weges. Wie dieser aber künftig aussehen soll, darüber schweigt die Partei. Und als die Sozialdemokraten diese Woche im Nationalrat »die Europadiskussion neu eröffnen« wollten und der Bundesrat das entsprechende Postulat gut-

rief, da stellte sich der Freisinn quer. Europa soll in diesem Wahljahr nicht stattfinden.

Nur: Wie lange kann sich die FDP noch vor der Frage aller Fragen drücken?

Im Januar ließ Didier Burkhalter auf dem Sonderparteitag in Lugano noch einmal sein Jahr als OSZE-Präsident Revue passieren. In einer weltmännischen Rede (Burkhalter spricht nur noch weltmännisch) sprach er ein paar elegante und nichtssagende Worte zum Verhältnis der Schweiz zu Europa. »Die Schweiz ist keine Insel«, sagte der Außenminister und warb einmal mehr für die bilateralen Verträge. Eine Diskussion löste seine Rede nicht aus. Der Anlass stand ganz im Zeichen der Frankenstärke. In einem 18-Punkte-Plan unterfütterte die Partei beinahe all ihre politischen Projekte der vergangenen Jahren mit dem neuen Franken-Argument: Längere Ladenöffnungszeiten, eine rasche Reform der Unternehmenssteuern, die Abkehr von der Energiewende, die Einfrierung der öffentlichen Ausgaben. Die Frankenstärke als Blaupause für eine liberale Schweiz à la FDP. Aber das Verhältnis zu Europa? Es spielt keine Rolle.

Aber nützt das Totschweigen etwas? Nein, meint Konrad Hummler. Der Sankt Galler Rechtsfreisinnige verfolgt die Schweizer Politik seit seinem Abgang bei der Privatbank Wegelin und dem Verwaltungsrat der *Neuen Zürcher Zeitung* nur noch aus der Ferne. Als »Rufer vom Berg«, wie er sich selbst nennt. Hummler bemängelt schon lange, dass seine Partei vor dem entscheidenden Thema kapituliere. Die Partei sei im Moment gut in Form, ja, davon zeugten die Erfolge in den Kantonen. Aber: »Wenn die FDP die Wahlen im Herbst tatsächlich gewinnen will, dann braucht es in den nächsten drei Monaten eine klare Positionierung zum Europa-Thema.« Der Freisinn müsse sich endlich klar werden, wie es mit dem bilateralen Weg konkret weitergehen soll. »Pragmatismus mag Probleme lösen. Aber Pragmatismus ist kein Programm. Was von der FDP zum Thema Europa kommt, ist nicht hinreichend.«

Doch Schweigen gilt nicht mehr lange. Vielleicht noch bis zum Herbst, bis zu den Wahlen, und vielleicht bringt es der FDP noch ein paar Prozentpunkte. Doch spätestens im nächsten Jahr, wenn die Schweiz über eine Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative abstimmen dürfte, kann sich die Partei nicht mehr drücken. Denn erstmals seit dem Ja zu den bilateralen Verträgen I wird das Land eine europäische Grundsatzdiskussion erleben. Es wird eine epische Debatte, nur zu vergleichen mit dem Kampf um den EWR vor bald einem Vierteljahrhundert. Die SVP, das ist klar, wird das Thema zur Schicksalsfrage emporstilzieren. Für sie geht es um Schweizsein oder Nichtsein. Und es wird an der FDP sein, dagegen zu halten. Paroli zu bieten.

Auf den Freisinn wartet ein Rendezvous mit der eigenen Geschichte.

## Adieu, Europa

1992 Die Schweizer sagen Nein zum EWR-Beitritt, eine herbe Niederlage für die FDP

1995 Am Parteitag in Interlaken schreiben die Freisinnigen den EU-Beitritt in ihr Parteiprogramm

2000 Das Volk sagt Ja zu den bilateralen Verträgen mit der Europäischen Union

2010 Der FDP-Parteitag in Herisau kippt das EU-Beitrittsziel

## Das Buch

Von den Autoren Alan Cassidy und Philipp Loser erscheint dieses Tage  
»Der Fall FDP. Eine Partei verliert ihr Land«  
Rotpunktverlag, Zürich 2015;  
216 S., ca. Fr. 33.00

